

mit Schwerpunkt **Innovationen**

Einfluss des Ölpreises auf deutschen Arbeitsmarkt wird unterschätzt

Öl ist für die Weltwirtschaft ein zentraler Produktionsfaktor. Das „schwarze Gold“ treibt Maschinen und Fahrzeuge an. Es liefert den Grundstoff für so unterschiedliche Produkte wie Kosmetika, Kleidung oder Handys. Steigen die Preise für Öl, verteuert sich mittelbar oder unmittelbar die industrielle Fertigung. Der Ölpreis ist somit ein Faktor, der die konjunkturelle Entwicklung einer Volkswirtschaft erheblich beeinflusst, mit entsprechenden Folgen auch für die Beschäftigung. Eine aktuelle Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) untersucht, wie groß der Einfluss des Ölpreises auf die Beschäftigung in Deutschland ist. Die Studie geht darüber hinaus der Frage nach, ob ein zunehmend effizienter Einsatz von Energie die Bedeutung des Ölpreises für die Beschäftigung verringert.



Die letzten Jahre waren durch starke Preisschwankungen auf den Rohstoffmärkten gekennzeichnet. Anfang des Jahres 2000 lag der Preis für ein Barrel Öl der Sorte West Texas Intermediate noch unter 30 US-Dollar. Im Januar 2008 stieg der Ölpreis dann erstmals über 100 US-Dollar pro Barrel. Schließlich erreichte er zur Jahresmitte 2008 mit rund 145 US-Dollar seinen vorläufigen Höchststand. Obwohl der Ölpreis zum Ende des Jahres 2008 wieder drastisch zurückgegangen ist, gehen alle längerfristigen Energieszenarien davon aus,

dass die Zeit des billigen Öls vorbei ist. Somit wird klar, dass es zunehmend wichtiger wird, die Zusammenhänge zwischen Ölpreis, Konjunktur und Arbeitsmarkt zu verstehen.

Die ZEW-Studie (Discussion Paper Nr. 08-136) betrachtet den vergleichsweise langen Zeitraum von 1973 bis 2008, um verschiedene Ölpreis-Phasen in die Analyse mit einzubeziehen. Darüber hinaus werden die Jahre 1990 bis 2008 nochmals gesondert analysiert, da verschiedentlich die These aufgestellt wurde, dass sich die Beziehung

zwischen Ölpreis und makroökonomischen Größen in den 1980er Jahren verändert habe. Insbesondere wird die Natur der Ölpreisänderungen untersucht und auch asymmetrische Wirkungen von Ölpreisänderungen und Wirkungen von Ölpreisschocks werden berücksichtigt. In die ökonometrischen Berechnungen fließen für die genannten Zeiträume monatsgenaue Daten der Industrieproduktion, Arbeitslosenquote und Teuerungsrate in Deutschland sowie die Ölpreisentwicklung ein.

Effekte der Energieeffizienz wird überschätzt

Die Studie bestätigt, dass ein steigender Ölpreis in allen Spezifikationen der Ölpreisveränderung zu einem Beschäftigungsabbau in Deutschland führt. Ein einmaliger Anstieg (Schock um eine

IN DIESER AUSGABE

Einfluss des Ölpreises auf den deutschen Arbeitsmarkt wird unterschätzt	1
Unternehmen aus Baden-Württemberg lagern meist an regionale Anbieter aus	2
Deutsche Bauwirtschaft profitierte vom Winterausfallgeld	3
ZEW-Präsident Wolfgang Franz feiert seinen 65. Geburtstag	4, 5
Das ZEW wird seine internationalen Aktivitäten weiter verstärken	6
Die neue Schuldengrenze – ein Fortschritt, der größer ausfallen könnte	7, 8
Die Zukunft der Telekommunikation	9
ZEW intern	10
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Standardabweichung) des Ölpreises erhöht die Arbeitslosigkeit in Deutschland im Zeitablauf um etwa ein Prozent. Es zeigt sich, dass die asymmetrische Ölpreisspezifikation und die Spezifikation von Ölschocks diesen Zusammenhang besonders deutlich machen. Steigende Ölpreise belasten die Beschäftigung, während fallende Ölpreise die Arbeitslosigkeit kaum vermindern. Auch sind es vor allem die starken Änderungen des Ölpreises, die eine Auswirkung auf die Beschäftigung in Deutschland haben.

Die Studie zeigt ferner, dass die erheblichen Energieeffizienzverbesserungen der Jahre 1990 bis 2008 nicht dazu führten, den negativen Zusammenhang

zwischen Ölpreisanstieg und dem Anstieg der Arbeitslosigkeit in Deutschland abzuschwächen. Trotz vieler Maßnahmen, um Energie – und damit Öl – sparsamer und effizienter in der Industrie einzusetzen, bleibt die Entwicklung des Arbeitsmarkts in unverändertem Maße von der Ölpreisentwicklung mit bestimmt. Dies ist überraschend, da eine steigende Energieeffizienz den Zusammenhang zwischen Ölpreis und Beschäftigung eigentlich abschwächen sollte – schließlich wird zur Produktion desselben Guts nun weniger Öl benötigt.

Der Ölpreis beeinflusst die Beschäftigungslage aber nicht allein. Vielmehr hat auch die große Inflexibilität des

deutschen Arbeitsmarkts in der Vergangenheit erheblich zur Verfestigung etwa der Langzeitarbeitslosigkeit beigetragen. Die Hartz-Reformen haben hier Verkrustungen aufgebrochen. Dies hat vermutlich auch dazu geführt, dass die weiterhin latent vorhandenen negativen Effekte eines hohen Ölpreises unterschätzt wurden. Dass diese Effekte weiterhin in alter Stärke vorhanden sind, birgt langfristig Risiken für den deutschen Arbeitsmarkt. Hier ist die Wirtschaftspolitik gefordert, auf eine stärkere Entkopplung von Ölpreis und Beschäftigung hinzuwirken.

*Dr. Andreas Löschel, loeschel@zew.de
Ulrich Oberndorfer, BMWI*

Unternehmen aus Baden-Württemberg lagern meist an regionale Anbieter aus

Insgesamt 42 Prozent der Unternehmen des IT- und Mediensektors sowie ausgewählter IT-Anwenderbranchen aus Baden-Württemberg lagern Geschäftsprozesse teilweise oder komplett an externe Dienstleister aus. Sie vergeben vor allem das Rechnungs- und Personalwesen sowie den IT/EDV-Bereich an Dritte. Der überwiegende Teil der auslagernden Unternehmen aus Baden-Württemberg greift hierzu auf regionale Dienstleister zurück. 85 Prozent der Firmen beauftragen für den Hauptteil der ausgelagerten Geschäftsprozesse einen Anbieter aus dem eigenen Bundesland.

Zu diesen Ergebnissen kommt die sechste repräsentative FAZIT-Unternehmensbefragung, die vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung im Sommer 2008 in Baden-Württemberg durchgeführt wurde und an der sich mehr als 1.000 Unternehmen beteiligten. Die Ergebnisse der Befragung sind gerade im neuen FAZIT-Forschungsband erschienen.

Von den Unternehmen aus Baden-Württemberg, die Geschäftsprozesse auslagern, also Business Process Outsourcing (BPO) betreiben, vergeben weitere zwölf Prozent ihre Aufträge überwiegend an Anbieter aus dem übrigen Bundesgebiet. Offshoring, das heißt die Auslagerung von Geschäftsprozessen an Anbieter aus dem Ausland, findet dagegen nur sehr selten statt.

Konzentration auf das Kerngeschäft stärken

Am häufigsten lagern die Unternehmen aus Baden-Württemberg Bereiche aus, die eher Service- oder Verwaltungsfunktionen erfüllen und weniger mit dem eigentlichen Kerngeschäft zu tun haben. So vergeben insgesamt 47 Prozent der Unternehmen, die auslagern, ihr Rechnungswesen ganz oder teilweise nach außen. 43 Prozent beauftragen für ihren IT/EDV-Bereich einen externen Anbieter und 37 Prozent geben ihr Personalwesen ganz oder teilweise in fremde Hände. Auch für die

Produktion, das Marketing oder den Transport- und Logistikbereich werden die Dienste Dritter nachgefragt. Mindestens ein Drittel der Unternehmen lagert diese Geschäftsprozesse zumindest teilweise aus. Vertrieb, Forschung und Entwicklung, die Kundenbetreuung und der Einkauf verbleiben hingegen meist im Unternehmen.

90 Prozent der auslagernden Unternehmen in Baden-Württemberg vergeben ihre Geschäftsprozesse vor allem deshalb an Externe, um auf Spezialistenwissen zugreifen zu können. Ferner ist für 86 Prozent die Konzentration auf das Kerngeschäft wichtig. In vielen Fällen spielen aber auch externe Faktoren eine bedeutende Rolle, etwa der herrschende oder erwartete Fachkräftemangel. Darüber hinaus sind schnellere Internetverbindungen sowie verbesserte Softwareapplikationen wichtige externe Faktoren für die Entscheidung, Geschäftsprozesse auszulagern.

Den Fazit-Forschungsband finden Sie unter www.fazit-forschung.de

Dr. Katrin Schleife, schleife@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Deutsche Bauwirtschaft profitierte vom Winterausfallgeld

In keiner anderen Branche schnellen jeden Winter die Arbeitslosenzahlen so stark in die Höhe wie in der Bauindustrie. Wegen des schlechten Wetters und der tiefen Temperaturen ruht am Bau regelmäßig die Arbeit. Maurern, Monteuren, Estrichlegern und vielen mehr droht dann die Entlassung – zumindest so lange, bis sie bei besserer Witterung wieder eingestellt werden. In Deutschland gibt es gesetzliche Regelungen, die der saisonalen Arbeitslosigkeit entgegenwirken sollen. In den 1990er Jahren wurden sie mehrfach überarbeitet. Eine Studie des ZEW untersucht, inwiefern es durch diese Reformen gelungen ist, die Winterarbeitslosigkeit im Baugewerbe zu bekämpfen.



Zur Vermeidung saisonaler Arbeitslosigkeit zahlte die Bundesagentur für Arbeit (BA) Arbeitnehmern seit 1959 ab der ersten wetterbedingten Ausfallstunde das so genannte Schlechtwettergeld. Das finanzielle Risiko eines witterungsbedingten Arbeitsausfalls trug damit primär die BA, wobei die Arbeitgeber in Form von Sozialabgaben für die Ausfallstunden an diesem Risiko beteiligt waren. Infolge der zunehmenden Ausgabenbelastung der BA nach der Wiedervereinigung wurde das Schlechtwettergeld 1995 eingestellt. An dessen Stelle trat in mehreren Reformetappen das Winterausfallgeld. In der nach dem Jahr 1997 in Kraft getretenen Regelung sieht dieses eine dem Schlechtwettergeld vergleichbare Kompensation der Arbeitnehmer aus Mitteln der BA erst ab der 101. Ausfallstunde vor. Für die ersten 100 Ausfallstunden wird hingegen teilweise auf Arbeitszeitkonten zurückgegriffen. Das bedeutet, dass Arbeitnehmer wetterbedingte Ausfallstunden ausgleichen durch Überstunden. Die Arbeitnehmer

werden somit stärker an dem finanziellen Risiko eines wetterbedingten Arbeitsausfalls beteiligt, während die Belastung der Arbeitgeberseite ebenso wie die der BA reduziert wird.

Um festzustellen, ob die Umstellung auf das Modell mit Arbeitszeitkonten und Winterausfallgeld das individuelle Entlassungsrisiko verringert hat, untersucht die Studie (Discussion Paper Nr. 08-105) Individualdaten von mehr als 10.000 Beschäftigten des Baugewerbes im Zeitraum von 1981 bis 2004. Die Daten liefern tagesgenaue Informationen über die Beschäftigungssituation sowie über die Zahlung staatlicher Transferleistungen. Um den Einfluss abzuschätzen, den die institutionellen Regelungen tatsächlich auf das Risiko der saisonalen Arbeitslosigkeit haben, muss dies von anderen Einflüssen isoliert werden. Hierzu werden zunächst die Individualdaten der Beschäftigten mit regionalen Wetter- und Konjunkturdaten ergänzt. So kann der Einfluss der institutionellen Regelungen, der Konjunktur und der Witterung

auf das Risiko der Arbeitslosigkeit getrennt quantifiziert werden.

Vermindertes Risiko der Winterarbeitslosigkeit

Die Berechnungen zeigen, dass der Einfluss der Witterungsbedingungen weniger stark als erwartet ist. Denn Entlassungen werden häufig wetterunabhängig an festen Kalendertagen – etwa in der Vorweihnachtszeit, zum Wochen- oder zum Monatsende – ausgesprochen. Schlechte Witterungs- und Konjunkturbedingungen fördern jedoch Entlassungen. Ferner machen die Ergebnisse deutlich, dass die Kombination von Arbeitszeitkonten und Winterausfallgeld das Entlassungsrisiko im Vergleich zum Schlechtwettergeld senkt. So war das Risiko, im Winter entlassen zu werden, unter der Regelung des Schlechtwettergelds rund 60 Prozent höher als im Sommer. Nach der Reform des Jahres 1997 ist das Entlassungsrisiko im Winter im Vergleich zum Sommer hingegen nur noch um rund 40 Prozent erhöht. Gleichzeitig liegen die Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit für das Winterausfallgeld unter dem Niveau von Schlechtwettergeldleistungen. Demnach ist das Instrument von Winterausfallgeld und Überstundenkonten besser geeignet, den Bausektor wetterfest zu machen und saisonalen Entlassungen entgegenzuwirken.

Seit 2006 haben sich mit der Einführung des Saisonkurzarbeitergeldes die Regelungen im Bausektor erneut verändert. Witterungsbedingte Ausfallstunden können nun ebenso wie konjunkturell und auftragsbedingte Ausfallstunden ab der ersten Ausfallstunde bei der BA geltend gemacht werden. Eine Evaluation dieser Regelung steht aufgrund fehlender Daten noch aus.

Dr. Melanie Arntz, arntz@zew.de
Dr. Ralf Wilke, University of Nottingham, UK

ZEW KONFERENZ

ZEW-Präsident Wolfgang Franz feiert seinen 65. Geburtstag

Am 7. Januar 2009 beging der Präsident des ZEW, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz, seinen 65. Geburtstag. Mit einem Festakt im Rittersaal des Mannheimer Schlosses wurde dieses Ereignis am 5. Februar gebührend gefeiert. Am 6. Februar folgte ein wissenschaftliches Kolloquium am ZEW, das die „Schüler“ von Wolfgang Franz gemeinsam mit dem ZEW zu seiner wissenschaftlichen Würdigung organisiert hatten.

Zum Auftakt des Festakts im Mannheimer Schloss begrüßte der kaufmännische Direktor des ZEW, Thomas Kohl, rund 220 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sowie den Medien. Er dankte Wolfgang Franz für die hervorragende Zusammenarbeit und für dessen enormen Einsatz zum Wohle des ZEW. Kohl gratulierte Franz im Namen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ZEW noch einmal herzlich zum 65. Geburtstag.

„Teller oder Tank“. Er legte dar, dass der Umstieg von fossilen Kraftstoffen auf Biosprit kein Beitrag zur Lösung der Klimaprobleme sei. Vielmehr führe der verstärkte Einsatz von Biosprit langfristig zu einer Konkurrenz zwischen Agrarprodukten als Nahrungsmittel oder als Grundstoff zur Erzeugung von Biosprit. Hier liege sozialer Sprengstoff, der bisher wenig Beachtung finde.

In seiner Laudatio würdigte Prof. em. Dr. Hans Jürgen Ramser von der

Arbeit seines Vorgängers, Heinz König, am ZEW erfolgreich fortgesetzt, das Institut deutlich vergrößert und ihm national und international Ansehen erworben.

Kolloquium zur Arbeitsmarktforschung

Das wissenschaftliche Kolloquium zu Ehren von Wolfgang Franz stand am 6. Februar ganz im Zeichen arbeitsmarktökonomischer Fragestellungen. Die Organisatoren des Kolloquiums, Prof. Bernd Fitzenberger, Ph.D (Universität Freiburg), Prof. Dr. Werner Smolny (Universität Ulm) und Prof. Dr. Peter Winker (Universität Gießen) begrüßten die Teilnehmer der Veranstaltung.

Den Eröffnungsvortrag hielt Prof. Robert J. Gordon, Ph.D. (Northwestern University). Er gab einen wissenschaftsgeschichtlichen Überblick über die Entwicklung der Forschung zur Phillips-Kurve, die einen negativen Zusammenhang zwischen der Inflationsrate und der Arbeitslosenquote beschreibt. Gordon plädierte dafür, einerseits Angebots- und Nachfrageschocks, andererseits die Erwartungsbildung der Marktteilnehmer als Faktoren für die Inflationsentwicklung stärker in der Forschung zu berücksichtigen.

Senkt Zuwanderung nach Deutschland die Löhne der heimischen Beschäftigten? Diese Frage stellte Dr. Holger Bonin, Leiter des Forschungsbereichs „Arbeitsmärkte, Personalmanagement und soziale Sicherung“ am ZEW. Bonin zeigte, dass von Zuwanderung in durch Qualifikation und Berufserfahrung abgegrenzte Arbeitsmärkte insgesamt nur ein geringer Lohndruck auf die einheimische Bevölkerung ausgeht. Negative Wirkungen zeigen sich nur mit zeitlicher Verzögerung und betreffen in der Tendenz Ältere und schlechter Qualifizierte.



Von links: Thomas Kohl, Prof. Dr. Peter Frankenberg, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz, Prof. Dr. Jürgen Strube, Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn, Dr. Peter Kurz

Der Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Landes Baden-Württemberg, Prof. Dr. Peter Frankenberg, überbrachte die Glückwünsche der Landesregierung. Er sei froh, so der Minister, dass Franz einen großen Teil seines akademischen Lebens in Baden-Württemberg verbracht habe, und hoffe, dass dies auch in Zukunft so bleibe.

In dem sich anschließenden Festvortrag referierte ifo-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn zum Thema

Universität Konstanz die Leistungen des Wissenschaftlers Wolfgang Franz. Seine zentralen Forschungsgebiete seien die makroökonomische Volkswirtschaftslehre, die Arbeitsmarktforschung und die empirische Wirtschaftsforschung. Zu diesen Themen habe Franz intensiv publiziert. Auch die Lehre sei Franz immer ein großes Anliegen gewesen. Für den wissenschaftlichen Nachwuchs habe er viel getan. Darüber hinaus habe er die außerordentliche

ZEW KONFERENZ

Prof. em. Dr. Knut Gerlach (Universität Hannover) bewegte sich auf dem Feld der Insider Econometrics. Er nutzte die Personaldaten eines großen deutschen Unternehmens, um den Zusammenhang zwischen der Flexibilität des internen Arbeitsmarkts und verschiedenen Formen der externen Anpassung an firmenspezifische Schocks zu untersuchen. Empirische Schätzungen ergaben, dass Arbeitnehmer, die eine Beförderung hinter sich haben oder keine Überstunden machen, seltener entlassen werden. Gerlachs Beispiel zeigte außerdem, dass Transfergesellschaften eine wichtige Rolle spielen könnten, Firmen den Beschäftigungsabbau zu erleichtern.

Wettbewerbseffekte von Flächentarifverträgen

PD Dr. Nicole Gürtzgen, Senior Researcher am ZEW, ging in ihrem Referat der Frage nach, inwiefern Flächentarifverträge die Wettbewerbsfähigkeit unterdurchschnittlich produktiver Unternehmen beeinträchtigen können. Sie zeigte empirisch, dass Beschäftigte in Branchen, deren Betriebe heterogener sind, unter Flächentarifverträgen niedrigere Löhne erhalten. Dies ist ein Hinweis, dass bei Lohnverhandlungen auf zentraler Ebene die negativen Beschäftigungseffekte hoher Lohnabschlüsse für schwächere Unternehmen berücksichtigt werden. Dieser Effekt wirkt nicht, wenn dezentral verhandelt wird. Tatsächlich zeigt sich in den Daten kein signifikanter Zusammenhang zwischen der Firmenheterogenität in einer Branche und den Löhnen unter Firmentarifverträgen.

Prof. Dr. Dr. h.c. Joachim Möller (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg) versuchte, die in der breiten Öffentlichkeit auf große Aufmerksamkeit gestoßene Hypothese Richard Floridas, kulturelle Ideengeber seien ein zentraler Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung von Regionen, empirisch zu untermauern. Anhand von Paneldaten konnte er für Deutschland zeigen, dass mehr Beschäftigte in kreativen Berufen tatsächlich positiv für die

regionale Wirtschaftsentwicklung sind. Allerdings gibt es keinen empirischen Beleg für Floridas These, dass Personen, die kreative Berufe ausüben, durch künstlerisch tätige Personen angezogen werden. Vielmehr werden Regionen für die kreative Klasse durch Lohn- und Beschäftigungswachstum attraktiv.

Gründe für zunehmende Lohnungleichheit

Bernd Fitzenberger ging den Gründen für die in den letzten Jahren stark zunehmende Lohnungleichheit in Deutschland nach. Häufig wird diese Entwicklung mit den sich verändernden Aufgaben im Beruf erklärt. Routine-tätigkeiten werden zunehmend durch Computer ersetzt, so dass die Nachfrage nach Arbeitskräften zur Bewältigung von komplexen Tätigkeiten relativ gewachsen ist. Fitzenbergers Schätzergebnisse zeigten jedoch, dass die Veränderung der Tätigkeiten im Beruf die Lohnungleichheit stark reduziert hat. Gleichzeitig haben Veränderungen der persönlichen Merkmale der Beschäftigten, vor allem Bildung, die Lohnungleichheit nur leicht erhöht. Deshalb, so die Schlussfolgerung, seien wohl eher der abnehmende Organisationsgrad der Gewerkschaften und die Arbeitsmarktreformen für die steigende

Lohnungleichheit in Deutschland verantwortlich.

Prof. a.D. Dr. Jürgen Wolters (Freie Universität Berlin) verglich im letzten Beitrag des Kolloquiums die Persistenz der Wirkungen von Schocks am deutschen und am US-amerikanischen Arbeitsmarkt. Mittels zeitreihenanalytischer Verfahren bestätigte er die Hypothese, dass der deutsche Arbeitsmarkt durch Hysterese geprägt ist. Nach Abklingen eines Schock sinkt die Arbeitslosigkeit zwar leicht, das Ausgangsniveau wird aber nicht wieder erreicht. In den Vereinigten Staaten sei dies lange Zeit anders gewesen, so Wolters. In den letzten Jahren habe sich das Muster aber den Verhältnissen in Deutschland angenähert. Tatsächlich verwerfen empirische Tests in neueren Jahren zunehmend die Hypothese, dass der US-amerikanische Arbeitsmarkt frei von Hysterese sei. Auch hier haben zeitweise Schocks zunehmend offenbar langfristige negative Effekte, so dass sich die Arbeitslosigkeit verfestigt.

Alle Beiträge des Kolloquiums lassen sich in einer Festschrift nachlesen, die als Sonderheft der Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik erscheint. Sie sind darüber hinaus als ZEW Discussion Papers von der Website des ZEW abrufbar.

*Dr. Holger Bonin, bonin@zew.de
Gunter Grittmann, grittmann@zew.de*

ZEW WIRTSCHAFTSANALYSEN

Christian Rammer, Christian Köhler und Hiltrud Niggemann

Die Unternehmen und Innovation im Nordwesten Deutschlands

Die Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten ist mit 2,4 Millionen Einwohnern die kleinste der deutschen Metropolregionen. Ihre Wirtschaftsstruktur ist durch ein Nebeneinander von traditionellen Sektoren (Nahrungsmittelindustrie, Transportgewerbe) und dynamischen Technologiesektoren (Luft- und Raumfahrt, Windenergie) geprägt. Die Studie untersucht den aktuellen Stand und die jüngste Entwicklung der Innovationsaktivitäten der Wirtschaft im Nordwesten und vergleicht sie mit

der in anderen Großstadregionen. Die Ergebnisse zeigen, dass die Unternehmen in der Metropolregion eine höhere Innovationsbereitschaft aufweisen, die Innovationsaktivitäten im Mittel allerdings weniger anspruchsvoll sind, insofern die Unternehmen seltener FuE betreiben und die FuE-Aufwendungen niedriger sind.

ZEW Wirtschaftsanalysen, Band 91, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 2009, ISBN: 978-3-8329-4194-9

NACHGEFRAGT

Die ZEW-Jahresergebnisse 2008

Das ZEW wird seine internationalen Aktivitäten weiter verstärken

Das ZEW ist ein gemeinnütziges wirtschaftswissenschaftliches Forschungsinstitut in der Rechtsform einer GmbH. Es wurde im Jahr 1990 als hundertprozentige Tochter des Landes Baden-Württemberg gegründet. Seit dem Jahr 2005 gehört es der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz an, die Grundfinanzierung des ZEW wird gemeinsam vom Bund und vom Land Baden-Württemberg getragen. Nun liegen die Jahresergebnisse des ZEW für 2008 vor. Thomas Kohl, der kaufmännischer Direktor des ZEW, erläutert die Entwicklung des Instituts im zurückliegenden Geschäftsjahr. Er gibt ferner einen Ausblick auf die Herausforderungen, denen sich das ZEW im Jahr 2009 stellen muss.

Wie bewerten Sie die Entwicklung des ZEW im vergangenen Jahr?

Kohl: 2008 war ein sehr gutes Jahr für das ZEW. Wir konnten trotz des zunehmenden internationalen Wettbewerbs unser Drittmittelvolumen auf jetzt über 6,4 Millionen Euro steigern. Außerdem waren wir im Wettbewerb um Gelder aus dem Pakt für Forschung und Innovation der Leibniz-Gemeinschaft erfolgreich. Wir haben den Zuschlag für ein zunächst auf drei Jahre angelegtes Forschungsprojekt erhalten, das die Zusammenhänge zwischen den Finanz- und den Immobilienmärkten untersuchen wird. Ganz besonders zufrieden bin ich auch mit der Mitarbeiterentwicklung am ZEW. Mit 25 Neueinstellungen im vergangenen Jahr, haben wir jetzt einen Personalthöchststand von insgesamt 168 Mitarbeitern erreicht. Darüber hinaus zeigen neun Promotionen und eine Habilitation, die 2008 abgeschlossen wurden, dass wir einmal mehr unseren Auftrag zur Weiterqualifizierung unseres wissenschaftlichen Nachwuchses voll erfüllt haben.

Welche Bereiche haben sich 2008 besonders dynamisch entwickelt?

Kohl: Das ZEW kann nur dann Spitzenforschung betreiben, wenn es beständig seine Verbindungen zu anderen Instituten und Hochschulen weltweit ausbaut. Im vergangenen Jahr ist uns das sehr gut gelungen, etwa durch den Besuch einer Wissenschaftsdelegation

der Chinese Academy of Social Sciences oder auch durch den Besuch von Vertretern der renommierten Xiamen Universität am ZEW. Insbesondere mit dem Wang Yanan Institute for Studies in Economics der Xiamen Universität, das zu den besten wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten Chinas gehört, wollen wir den entstandenen Kontakt vertiefen. Auch auf nationaler Ebene konnten wir unsere Kooperationen ausbauen. Beispielsweise wird das ZEW künftig gemeinsam mit der Universität Heidelberg Juniorprofessoren berufen. Dies ist mit der Universität Mannheim und der WHU in Koblenz ebenfalls geplant. Des Weiteren sind zahlreiche Kontakte zu Universitäten und Forschungseinrichtungen im vergangenen Jahr neu geknüpft oder weiter vertieft worden. Ich denke etwa an die neu entstandene Zusammenarbeit im Bereich der Humankapitalforschung mit der Forschungsgruppe von Wirtschaftsnobelpreisträger Heckman an der Universität von Chicago.

Was waren für Sie im vergangenen Jahr besondere Höhepunkte?

Kohl: Dass Bundeskanzlerin Angela Merkel im Rahmen der ZEW-Vortragsreihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ über die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise referierte, war sicherlich der krönende Abschluss des vergangenen Jahres. Insgesamt war „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ im Jahr 2008

mit hochkarätigen Referenten besetzt, was die starke Resonanz der Öffentlichkeit bestätigt. Ich denke etwa an den Vortrag von Dr. Jürgen Hambrecht, dem Vorstandsvorsitzenden der BASF, der über die Perspektiven und globalen Herausforderungen von Chemieunternehmen gesprochen hat; oder auch an den Vortrag des Wirtschaftsnobelpreisträgers James J. Heckman. In seinem Vortrag hat Heckman die Bedeutung nicht kognitiver Fähigkeiten für den sozioökonomischen Erfolg des Individuums und für die Gesellschaft herausgearbeitet und eindringlich dargestellt, wie wichtig deshalb die frühkindliche Förderung ist.

Das vergangene Jahr bleibt mir natürlich auch deshalb in bester Erinnerung, weil wir mit Professor Reinhard Selten von der Universität Bonn einen zweiten Nobelpreisträger am ZEW begrüßen durften. Professor Selten war im Rahmen der Jahrestagung der Gesellschaft für experimentelle Wirtschaftsforschung (GfeW) im November 2008 bei uns zu Gast. Ich bin sehr stolz, dass unsere Wissenschaftler, die mit Hilfe von Experimenten ökonomische Sachverhalte untersuchen, eng mit der GfeW verbunden sind und auf dem Feld der experimentellen Wirtschaftsforschung ein reger Austausch besteht.

Was sind die Ziele, die das ZEW im Jahr 2009 anstrebt?

Kohl: Es ist das zentrale Ziel, weiterhin mit knappen Mitteln im internationalen Wettbewerb um Forschungsgelder, interessante Projekte und qualifizierte Mitarbeiter erfolgreich zu sein. Gerade die Einstellung von vielversprechenden Nachwuchswissenschaftlern stellt eine wichtige Aufgabe dar. Das ZEW sucht besonders in den Vereinigten Staaten nach Talenten.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE



Thomas Kohl, ist seit dem Jahr 1992 am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung tätig. Er leitete zunächst den Personalbereich und übernahm dann die Verantwortung für den gesamten Servicebereich Verwaltung. Im Jahr 2001 wurde er zum stellvertretenden Kaufmännischen Direktor des ZEW ernannt. Seit 2004 ist er Geschäftsführer und Kaufmännischer Direktor des ZEW.

Welche Herausforderungen gilt es für das ZEW im laufenden Jahr zu meistern?

Kohl: Im September dieses Jahres werden wir von der Leibniz Gemeinschaft evaluiert. Einer solchen Evaluierung müssen sich alle Leibniz-Institute regelmäßig unterziehen. Neben unseren eigenen Maßnahmen zur Qualitätssicherung unserer Arbeit, hilft uns diese

Evaluation, die Stärken, Schwächen und Potenziale des ZEW klarer zu erkennen. Das ist eine wichtige Voraussetzung, um unsere Arbeit weiter zu verbessern. Selbstverständlich arbeiten wir mit Nachdruck darauf hin, das ZEW bei der Evaluierung in Bestform zu präsentieren. Für dieses Jahr haben wir uns darüber hinaus vorgenommen, die interna-

tionalen Aktivitäten des ZEW voranzutreiben. Wir möchten verstärkt globale Fragestellungen bearbeiten, wozu nicht zuletzt die Lehren aus der gegenwärtigen Finanzmarktkrise oder die ökonomischen Konsequenzen des Klimawandels gehören.

Ferner möchten wir verstärkt Forschungsaufträge von ausländischen beziehungsweise internationalen Auftraggebern akquirieren. Dazu gehört, dass wir unsere Attraktivität für qualifizierte Mitarbeiter aus dem Inland und aus dem Ausland steigern wollen, um uns auf lange Sicht wertvolles Know-how zu sichern. Schließlich sind unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen unser größtes Kapital.

Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

Die neue Schuldengrenze – ein Fortschritt, der größer ausfallen könnte

Die Große Koalition hat einen Kompromiss über eine künftige Schuldengrenze erzielt. Diese wird für den Bund sowie für alle Bundesländer gelten. Während für die Länder die Nullverschuldung ab dem Jahr 2020 zum Regelfall werden soll, wird dem Bund eine Defizit-Obergrenze von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gesetzt. Defizite bleiben in einen Konjunkturabschwung für Bund und Länder zwar zulässig. Sie werden jedoch künftig auf einem „Kontrollkonto“ erfasst und sind in den anschließenden Haushaltsjahren zurückzuzahlen. In Notsituationen können zwar darüber hinaus gehende Defizite zulässig sein – sofern sie mit Mehrheit des Parlaments genehmigt werden. Allerdings soll für derartige „Notkredite“ anschließend ein verbindlicher Tilgungsplan gelten.

Ein neu einzurichtender Stabilitätsrat soll die Haushaltslage von Bund und Ländern überwachen und eine Frühwarn-Funktion übernehmen. Seine Beschlüsse werden veröffentlicht. Flankiert wird der Übergang zur neuen Schuldengrenze durch Konsolidierungshilfen an die stark verschuldeten Länder Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein in einer Höhe von insgesamt 7,2 Milliarden Euro. Auch wenn diese Grundsatzzeini-

gung viele Detailfragen etwa nach der Unabhängigkeit des Stabilitätsrats oder den genauen Regeln des Kontrollkontos offen lässt, ist eine erste Bewertung möglich.

Verpasste Chancen zur Aufteilung des Verschuldungsrisikos

Fakt ist zunächst, dass sich die Regierungsparteien ganz auf das Instrument einer Schuldengrenze konzentriert

und andere Ansätze zur Budgetdisziplin frühzeitig ausgeschlossen haben. So wurde in der wissenschaftlichen Reformdiskussion eine Reihe von gut durchdachten Modellen vorgelegt, welche die Verschuldungsneigung der Politik durch eine stärkere Eigenverantwortung der Bundesländer an den Kapitalmärkten begrenzen würden. Der Grundgedanke dieser Ansätze ist, die Bundesländer in ihrer Verschuldung aus der Bund-Länder-Garantiegemeinschaft herauszulösen und sie somit der Disziplin kritischer Gläubiger zu unterwerfen. Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie hat dazu ein geordnetes Insolvenzverfahren für Gebietskörperschaften konzipiert. Dieses würde die Handlungsfähigkeit und Integrität eines Bundeslands auch im Insolvenzfall gewährleisten, gleichwohl den Gläubigern in diesem Fall Verluste aufbürden. Im

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

Unterschied zum heutigen System würde somit nicht die Bund-Länder-Gemeinschaft das alleinige Risiko eines überschuldeten Bundeslandes tragen. Dieses würde stattdessen auch auf die Kreditgeber übertragen, die durch ihre Kreditvergabeentscheidung das Verschuldungsproblem mit verursacht haben. Dieses Modell hat den Vorzug, präventiv zu wirken und die Kreditgeber in die Rolle von Schuldenwächtern zu versetzen, die diese Rolle aus Eigeninteresse heraus ausfüllen würden.

Ebenso wie dieser auf Marktdisziplin aufbauende Reformansatz hat ein anderes ursachenbezogenes Konzept in der Reformdiskussion keine Rolle gespielt: eine erneute ernsthafte Überprüfung des Länder-Zuschnitts. Es ist kein Zufall, dass die Stadtstaaten und die kleinen Bundesländer besonders von hohen Altschulden geplagt sind. Ihre Schuldenstände sind ein untrügliches Indiz, dass der Zuschnitt dieser Bundesländer keine effiziente Bereitstellung öffentlicher Güter zulässt.

Es ist bedauerlich, dass die Reformdiskussion auf eine rechtliche Schuldenbremse verengt wurde. Denn eine gesetzliche Schuldenbegrenzung alleine reicht niemals aus, die politökonomische Attraktivität von Staatsverschuldung zu neutralisieren. Die internationale und nationale Erfahrung mit Schuldengrenzen zeigt, dass die politische Kreativität hoch ist, wenn es um den Umgang mit noch so eindeutig formulierten Schuldengrenzen geht.

Realistischer Zeitplan

Wie aber sind nun die jetzt bereits bekannten Details der neuen deutschen Schuldengrenze zu bewerten? Es wurde vielfach kritisiert, dass die neuen Regeln erst nach mehr als zwei vollen Legislaturperioden des Bundestags in Kraft treten werden. Dieser Zeitplan ist jedoch aus zwei Gründen akzeptabel. Die verzögerte Wirksamkeit ist erstens ein legitimer Kunstgriff, mit dem die Politik ihr kurzfristiges Eigeninteresse neutralisiert. Es ist als Erfolg zu werten, dass Politiker, die selber in den kommenden

Jahren nicht auf ihren Verschuldungsspielraum verzichten wollen, nun zumindest späteren Generationen von Politikern die Hände binden. Der Umstand, dass die Neuregelung ins Grundgesetz geschrieben werden soll und somit nur mit Zwei-Drittel-Mehrheit wieder eliminiert werden kann, sichert die Glaubwürdigkeit ab – auch wenn diese Glaubwürdigkeit schon aufgrund unabweichlicher Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht nicht vollständig sein kann.



Zweitens spricht die aktuelle Wirtschaftskrise für den gewählten Zeitplan. Die fiskalischen Folgen der Finanzkrise mit ihren Steuerausfällen und Mehrausgaben sind derzeit unabsehbar und werden in den öffentlichen Haushalten der Bundesrepublik auf Jahre hinaus tiefe Spuren hinterlassen. Es wäre eine schwere Hypothek für die Reputation eines neuen Schuldenregimes, wenn in den ersten Jahren bereits ausgiebig von den Ausnahmeklauseln Gebrauch gemacht werden müsste.

Fehlende Sanktionen bei Defizitverstößen

Kritisch zu bewerten sind demgegenüber die weitgehend fehlenden Sanktionen. Der Sachverständigenrat hatte vor zwei Jahren in seinem Modell einer Schuldenbremse zum Beispiel obligatorische Steuerzuschläge für den Fall ins Spiel gebracht, dass Bund oder Länder die Regeln verletzen. Von derartigen

konkreten und in jedem Wahlkampf schmerzlichen Sanktionen ist nun keine Rede. Verbindliche Tilgungspläne für Defizite klingen zwar vielversprechend. Es bleibt aber völlig unklar, wie diese Verbindlichkeit abgesichert werden kann, zumal sich die Parlament mit einer absoluten Mehrheit jederzeit Defizite in einer außergewöhnlichen Situation genehmigen können. Damit ergibt sich im Grunde das gleiche Problem wie mit dem heutigen Artikel 115 des Grundgesetzes. Er regelt, dass der Staat nicht unbegrenzt

Schulden anhäufen darf. In der Praxis reicht es allerdings aus, ein gesamtwirtschaftliches Ungleichgewicht festzustellen, um jedes Defizit zuzulassen.

Werden keine konkreten Sanktionen im weiteren Verfahren zur Regelung der Schuldengrenze festgezurr, so ist die Öffentlichkeitswirksamkeit der Nullverschuldungsregel und des (hoffentlich tatsächlich unabhängigen) Stabilitätsrats das einzig wirksame Sanktionsinstrumentarium. Der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt zeigt mit seinen beachtlichen Wirkungen für die Bewertung der Haushaltspolitik in den Medien und durch den Wähler, dass die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit politische Wirksamkeit entfalten kann. Insofern ist die neue deutsche Schuldengrenze, selbst wenn ihr die objektiven Sanktionen fehlen, ein Fortschritt, der aber zweifellos größer hätte ausfallen sollen.

*Dr. Friedrich Heinemann,
heinemann@zew.de*

Die Zukunft der Telekommunikation

Zu einem Vortrag über das Thema „Die Zukunft der Telekommunikation“ konnte ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz im Februar 2009 den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Telekom AG, René Obermann, am ZEW begrüßen. Rund 180 Gäste waren der Einladung zu diesem Vortrag in der Reihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ gefolgt.



René Obermann während seines Vortrags am ZEW

Zu Beginn seines Vortrags schilderte Obermann die „Goldgräberstimmung“, die um die Jahrtausendwende auf dem Gebiet der Telekommunikation geherrscht habe. Die Poststrukturreform I und II hätten einen neuen Markt geschaffen, gleichzeitig sei der Mobilfunk massentauglich geworden. Seither habe der Mobilfunkmarkt zwar an Dynamik verloren. Die eigentliche Zukunft der Telekommunikationsbranche habe aber gerade erst begonnen, gab sich Obermann überzeugt.

Seit 2006 sei er Vorstandsvorsitzender der Deutschen Telekom AG. Diese verzeichne heute einen Jahresumsatz von rund 70 Milliarden Euro. Weltweit arbeiteten 250.000 Menschen für das Unternehmen. Die Telekom habe mittlerweile rund 150 Millionen Festnetz- und rund 144 Millionen Mobilfunkkunden. Gut 66 Prozent seines Umsatzes erziele das Unternehmen mittlerweile im Ausland, vor allem in den Vereinigten Staaten und in Osteuropa. Insgesamt sei die Telekom heute solide aufgestellt. Sein Ziel sei es, sagte Obermann, die Deutsche Telekom zu einem Anbieter von Telekommunikationsdienstleistungen weiterzuentwickeln. Derzeit sei sie

noch zu stark auf die Bereitstellung der Netzinfrastruktur ausgerichtet.

Digitales Leben und Arbeiten

Die Zukunft gehöre dem digitalen Leben und Arbeiten. Dies bedeute insbesondere die Digitalisierung von Fotos, Musik, Dokumenten und anderen Inhalten. Während diese Daten derzeit noch hauptsächlich auf Endgeräten gespeichert würden, sei er davon überzeugt, dass sie künftig in großem Umfang über das World Wide Web bereitgestellt würden. „Wir befinden uns mitten in dieser digitalen Revolution“, so Obermann. Das Internet wachse jeden Tag um durchschnittlich sieben Millionen neue Seiten. Die übers Netz bereitgestellten Informationen stiegen exponentiell an.

Die Deutsche Telekom entwickle wegweisende Dienstleistungen. Es werde etwa daran gearbeitet, den Kunden künftig Rechnerleistung entsprechend ihres schwankenden Bedarfs anzubieten. Die Zukunft gehöre insbesondere dem mobilen Internet, sagte Obermann. Dieses sei schon heute ein Wachstumsbereich der Telekom. Sie erziele hier jährliche Zuwachsraten von dreißig bis vierzig

Prozent. Die technischen Möglichkeiten seien noch lange nicht ausgeschöpft. Er denke zum Beispiel an die Kommunikation mit mobilen Routenplanern über Sprache oder an die Bedienung von Sicherheits- und anderen Haustechniken via Internet.

Starker Konsolidierungsdruck

Die Versorgung mit Breitbandanschlüssen sei in Deutschland ausbaufähig, sagte Obermann. Zwar verfügten 96 Prozent der deutschen Haushalte über die technischen Voraussetzungen, um das Internet zu nutzen. Aber nur 80 Prozent verfügten über schnelle Verbindungen. Es sei richtig, dass die Bundesregierung die flächendeckende Versorgung mit Breitbandanschlüssen ins Konjunkturpaket geschrieben habe. Um auch die dünner besiedelten Gebiete mit leistungsfähigen Netzen auszustatten, wolle die Deutsche Telekom verstärkt den Weg von Public Private Partnerships mit den Kommunen gehen.

Obermann zeigte sich überzeugt, dass sich die Telekommunikationsindustrie weiter konsolidieren werde. Im Bereich des Mobilfunkmarktes gebe es bei Handys heute nur noch zwei führende Anbieter. Bei den Suchmaschinen im Internet sei die Entwicklung hin zu Oligopolen ebenfalls deutlich zu erkennen. Spürbar sei der zunehmende Wettbewerbsdruck mittlerweile auch im Bereich der Netzinfrastruktur. Die Tendenz zu wenigen Anbietern im Markt bewerte er aber nicht so negativ wie die Regulierungsbehörden in Europa, sagte Obermann. Diese hätten vorrangig die Konsumentenseite im Blick und erwarteten sich von vielen Anbietern Preisvorteile für die Kunden. Diese Sicht blende jedoch aus, dass Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten sowie technologische Innovationen aufgrund der mit ihnen verbundenen hohen Kosten nur von großen, kapitalstarken Unternehmen geleistet werden könnten.

Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de

ZEW INTERN

Leibniz Netzwerk „Immobilien- und Kapitalmärkte“ an den Start gegangen

Zu Jahresbeginn 2009 hat das von der Leibniz-Gemeinschaft im Rahmen des „Paktes für Innovation und Forschung“ geförderte Netzwerk „Immobilien- und Kapitalmärkte“ seine Arbeit aufgenommen. Ziel dieses Netzwerkes ist es, Kompetenzen aus verschiedenen Bereichen, etwa der Kapitalmarktfor-



wissenschaft und der Ökonometrie, zusammenzuführen, um die Zusammenhänge zwischen Finanz- und Immobilienmärkten zu untersuchen und Gestaltungsmöglichkeiten für die Zukunft aufzuzeigen. Die zentralen Fragestellungen sind aktueller denn je: Zum einen wird untersucht werden, wie sich der zunehmende Einfluss von Finanzinvestoren auf die Wohnungsmärkte, die gewerblichen Immobilienmärkte und die Stadtentwicklung auswirkt. Darüber hinaus wird analysiert, welche Lehren sich aus der aktuellen Finanzmarktkrise für die künftige Gestaltung einer krisenfesten Finanzierung der Immobilienmärkte ziehen lassen. Weitere Fragestellungen befassen sich mit immobilienbasierten Kapitalmarktinstrumenten aus einer anlegerorientierten Perspektive.

Den Kern des Netzwerkes bilden drei Leibniz-Institute: Neben dem ZEW sind

das Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) in Dresden und das Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in Erkner beteiligt. Jeder Leibniz-Partner betreut einen inhaltlichen Schwerpunkt, das ZEW fungiert als Gesamtkoordinator. Weitere Partner des Netzwerkes sind das Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und demographischer Wandel (MEA), Prof. Dr. Shaun Bond, University of Cincinnati, Prof. Dr. Matthias Casper, Universität Münster, Andrew Filardo, Ph.D., Bank for International Settlements, Prof. Dr. Erasmo Giambona, Amsterdam Business School, Dr. Christina West, Universität Mannheim, und Prof. Dr. Steffen Sebastian, Universität Regensburg.

Netzwerkkordinator und Ansprechpartner am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) ist Dr. Peter Westerheide, westerheide@zew.de.

TERMINE

Konferenz zur Ex-post Evaluation von Wettbewerbspolitik

Am 3. Juni 2009 richtet das ZEW eine Konferenz zur Ex-post Evaluation von Wettbewerbspolitik aus. Wissenschaftler aus den Bereichen Wettbewerbsrecht und Wettbewerbspolitik sowie Fachleute aus Wettbewerbsbehörden, Anwaltskanzleien und Wirtschaftsberatungsunternehmen werden über theoretische, empirische und politikorientierte Fragestellungen der Wettbewerbspolitik diskutieren. Im Mittelpunkt der Konferenz stehen unter anderem die ökonomischen Auswirkungen von Wettbewerbsgesetzen, die Ex-post Bewertung von Fusionsentscheidungen sowie die Ex-post Evaluation von Fällen des Marktmachtmissbrauchs.

Näherer Informationen: www.zew.de/evalcomp2009

EXPERTENSEMINARE

- 31.03.-01.04.2009 Presenting in English - Prepare Yourself for an International Audience
- 21.-22.04.2009 Vortragen in Wissenschaft und Forschung
- 27.04.2009 Betriebswirtschaftliches Update - Grundwortschatz der wertorientierten Betriebswirtschaftslehre
- 28.-29.04.2009 Vortragen in Wissenschaft und Forschung, Berlin

ZEW-Expertenseminare im Internet: www.zew.de/Weiterbildung
Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail pauli@zew.de

ZEW DISCUSSION PAPERS

Nr. 09-007, Sandrine Corvoisier, Reint Gropp: Contestability, Technology and Banking.

Nr. 09-005, Thomas Zwick: Why Pay Seniority Wages?

Nr. 09-004, Friedrich Heinemann, Ivo Bischoff, Tanja Hennighausen: Choosing from the Reform Menu Card – Individual Determinants of Labour Market Policy Preferences.

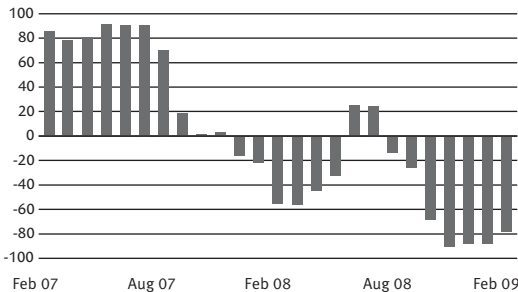
Nr. 09-003, Carolin Haeussler, Dietmar Harhoff, Elisabeth Müller: To Be Financed or Not – The Role of Patents for Venture Capital Financing.

Nr. 09-002, Wolfgang Sofka, Edlira Shehu: Host Country Contingencies on Knowledge Protection Strategies of Multinational Firms – Bring a Knife to a Gunfight?

Nr. 09-001, Niels Anger, Alistair Dixon, Erich Livengood: Interactions of Reduced Deforestation and the Carbon Market: The Role of Market Regulations and Future Commitments.

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im Februar 2009

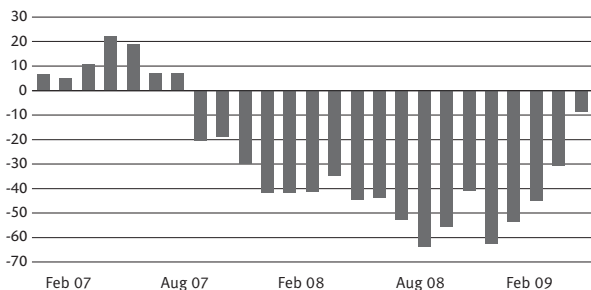


Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

EZB: Zinssenkung im März wahrscheinlich

Die EZB hat im Januar die Leitzinsen auf 2,0 Prozent gesenkt. Im Februar gab es zwar keine Zinsänderung, die EZB signalisierte aber, dass es nicht bei diesem Zinsniveau bleiben muss. Die Inflation hat in den vergangenen Monaten aufgrund von sinkenden Energie- und Nahrungsmittelpreisen stark nachgelassen. Die EZB geht davon aus, dass die Teuerungsraten bis Mitte dieses Jahres weiter zurückgehen und sich dann stabilisieren werden. Demzufolge erwarten die befragten Experten, dass die EZB die Zinsen erneut reduzieren wird.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de



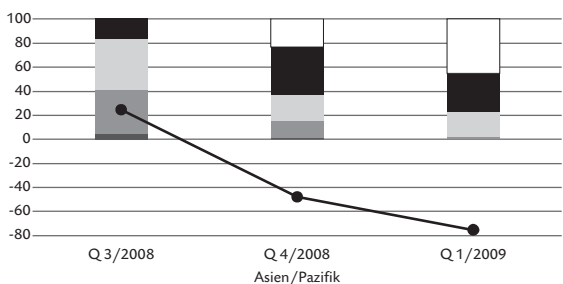
Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

Euroraum: Vierte Erholung in Folge

Die Konjunkturerwartungen für den Euroraum haben sich im Februar um 22,1 Punkte verbessert. Der Saldo optimistischer und pessimistischer Einschätzungen liegt nun bei -8,7 Punkten. Die Experten erwarten offenbar, dass sich die Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte stabilisieren wird. Dies dürfte auf die fiskal- und geldpolitischen Maßnahmen der einzelnen Staaten und der EZB zurückzuführen sein, die die Konjunktur stützen. Zudem entlasten die Preisrückgänge bei Rohstoffen und Nahrungsmitteln die Konsumenten.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

Asien/Pazifik-Seeverkehr erheblich vom Konjunkturunbruch betroffen

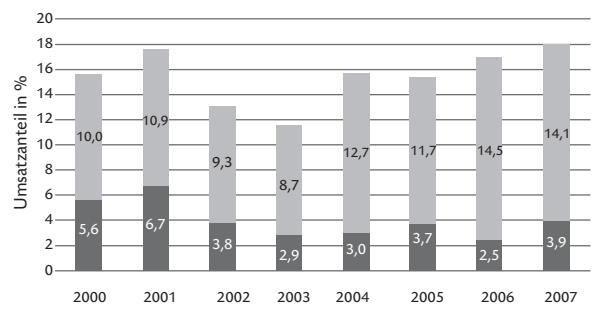


Quelle: ZEW

Die pessimistische Stimmung in der Transportwirtschaft und der verladenden Industrie hält an. In der ersten Befragungsrunde 2009 sehen die Experten des Transportmarkt-Barometers von ProgTrans/ZEW die stärksten Auswirkungen der konjunkturellen Flaute in der Nachfrage im interkontinentalen Verkehr, insbesondere im Seeverkehr. Nahezu die Hälfte erwartet, dass die Nachfrage des Seeverkehrs auf der Asien/Pazifik-Route im kommenden halben Jahr stark rückläufig sein wird. Ein weiteres Drittel rechnet mit einem schwachen Rückgang. Auch die Preiserwartungen sinken. Zwei Drittel erwarten weiterhin sinkende Seefrachtraten.

Dr. Claudia Hermeling, hermeling@zew.de

Chemieindustrie: Weiter steigende Innovationserfolge



Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Die deutsche Chemieindustrie (inklusive Pharma- und Mineralölindustrie) erzielte 2007 die höchsten Innovationserfolge mit neuen Produkten seit acht Jahren. 18 Prozent des Gesamtumsatzes der Branche wurde mit Produkten erzielt, die in den zurückliegenden drei Jahren erstmals auf den Markt gebracht wurden. Gegenüber dem Tiefstand im Rezessionsjahr 2003 ist dies eine Verbesserung um mehr als 50 Prozent. Der größte Teil des Neuproduktumsatzes entfällt auf Nachahmerinnovationen. Nur 3,9 Prozent werden mit Marktneuheiten erzielt, also neuen Produkten, die zuvor noch von keinem anderen Unternehmen angeboten wurden.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

STANDPUNKT



Prognosen

Die Zukunft ist nicht vorhersehbar. Gleichwohl schauen sich die Menschen die Wettervorhersage im Fernsehen an, erkundigen sich beim Arzt, wann sie wieder gesund werden, und befragen Ökonomen nach der voraussichtlichen Wirtschaftsentwicklung. In vielen Fällen liegen Meteorologen, Mediziner und Ökonomen mit ihren Prognosen gar nicht mal so falsch, indem das Ereignis, dem sie die höchste Eintrittswahrscheinlichkeit beimessen, tatsächlich so stattfindet. Aber eben nicht immer. Ein Hurrikan nimmt plötzlich eine andere Richtung, bei einer routinemäßigen Blinddarmoperation treten unversehens Komplikationen auf und der Ölpreis fährt Achterbahn. Dies widerspreche aller Erfahrung heißt es dann und das genau ist der springende Punkt.

Prognosen beruhen auf Erfahrungen. In der Ökonomie bedient man sich komplexer mathematischer Modelle, die das Verhalten der wirtschaftlichen Akteure widerspiegeln. Solche Modelle basieren auf theoretischen Überlegungen und deren empirischer Überprüfung, die jedoch nur anhand von bisherigen Beobachtungen vorgenommen werden kann. Das geht oft recht gut, versagt aber in der derzeitigen Situation.

Zwei Aspekte machen zusammen die historische Einmaligkeit der jetzigen Rezession aus. Zum einen die Finanzkrise. Sie hat kaum historische Beispiele, denn selbst der Vergleich mit der Weltwirtschaftskrise ist untauglich. Seinerzeit haben Geld- und Finanzpolitik falsch agiert, die heutige Wirtschaftspolitik vermeidet die damaligen Fehler. Zum anderen zeichnen sich derzeit die Konjunkturen international betrachtet durch einen ziemlichen Gleichlauf aus. Das war früher meistens anders und daher wurde Deutschland in der Vergangenheit sehr häufig mit Hilfe seiner Exportaktivitäten aus wirtschaftlichen Schwächenphasen gezogen. Danach sieht es vor dem Hintergrund der weltweiten Rezession nicht aus.

Was machen Meteorologen und Mediziner bei noch nie aufgetretenen Wetterkonstellationen beziehungsweise Krankheitsbildern? Sie schenken den Leuten meistens reinen Wein

ein und sagen, dass sie nur Vermutungen äußern können. Das wird gemeinhin akzeptiert. Was tun Konjunkturanalysten? Eigentlich das gleiche, nur anders verpackt, indem sie unterschiedliche Szenarien ausrechnen und diese mit teilweise beträchtlichen Wahrscheinlichkeiten bemessen. Die Adressaten sind danach genauso ratlos wie vorher, nur auf einem höheren Niveau. Schlimmer noch, bestimmte Medien nehmen den ungünstigsten Prognosewert – denn bekanntlich sind nur schlechte Meldungen gute Nachrichten – und lassen die Eintrittswahrscheinlichkeit mehr oder weniger unter den Tisch fallen. Ebenso wenig hilft, wenn statt unterschiedlicher Szenarien die Prognosewerte mit Bandbreiten versehen werden. Aus einem Prognoseintervall von -0,5 bis -1,0 v. H. macht die Presse dann gerne -0,75 v. H., womit das Gegenteil dessen erreicht wird, was die Konjunkturanalysten beabsichtigen. Überhaupt nicht vermittelbar ist, dass bei Konjunkturprognosen -3/4 v. H. etwas anderes bedeutet als -0,75 v. H., abgesehen davon, dass der Setzer in der Zeitung Brüche überhaupt nicht mag.

Anders als bei Meteorologen, aber wie bei Medizinern kann die Konjunkturprognose die spätere Entwicklung beeinflussen, so oder so. „Das wird böse enden“, diese Aussage wird Patienten entweder demoralisieren oder sie zu therapeutischen Gegenmaßnahmen anreizen. Ein verantwortungsvoller Arzt wird dies berücksichtigen. Das sollten Konjunkturprognostiker ebenfalls tun, also weder die Konjunktur kaputt reden, noch ungünstige Entwicklungen verschweigen. Gerade vor dem Hintergrund der derzeitigen Entwicklung bietet es sich an, die Prognosefreudigkeit etwas zu zügeln, mehr auf qualitative Aussagen statt auf Zahlen zu setzen und eine vierteljährliche Konsensprognose im Rahmen der Gemeinschaftsdiagnose ohne zusätzliche individuelle Institutsprognosen zu erstellen. Aber ich habe natürlich leicht reden, denn das ZEW macht keine eigenen Konjunkturprognosen.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,
L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Katrin Böhmer, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail boehmer@zew.de
Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2009